

Beantwortung Wahlprüfsteine

Initiative Familien e.V. vom 6. Juli 2024

Der Verein „Initiative Familien e.V.“ besteht aus einem ehrenamtlich aktiven, bundesweit verteilten Team. Wir sind das Sprachrohr für Kinder, Jugendliche und Familien. Als Familienlobby setzen wir uns dafür ein, dass die Bedürfnisse und Rechte in den Fokus politischer Entscheidungen rücken.

1. Statt Chancengleichheit möchten wir von Chancengerechtigkeit sprechen. Wie wollen Sie Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen (KuJ), die in Sachsen leben, schaffen? Und wie wollen Sie Kinderarmut in Sachsen bekämpfen?

Als Mittel zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit sehen wir insbesondere eine Stärkung der Bildung – von der Kita über den Schulabschluss bis hin zum Berufs- oder Studienabschluss. Wir setzen uns unter anderem für einen besseren Betreuungsschlüssel in der frühkindlichen Bildung, mehr Kita- und Schulsozialarbeit, die dauerhafte Etablierung des Startchancenprogramms sowie mehr pädagogisches und nicht-pädagogisches Personal in der Schule ein. So haben Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer Zeit, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen einzugehen.

Die SPD Sachsen ist sich bewusst, dass in den frühen Lebensjahren die entscheidenden Weichen gestellt und der Grundstein für gelingende Bildungsprozesse gelegt werden. Es kommt auf den Start an. Deshalb werden wir auf den Ausbau und die Stärkung der frühkindlichen Bildung in den nächsten Jahren einen besonderen Fokus legen. Einen entsprechenden Stufenplan haben wir mit dem Aktionsplan „Bessere Kita“ vorgelegt.

Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zum Master oder Meister! Wir schaffen deshalb die Kita-Gebühren und Langzeitstudiengebühren ab und garantieren die Lernmittelfreiheit.

Stärker als in den meisten anderen Industriestaaten hängt in Deutschland der Bildungserfolg noch immer von der sozialen Herkunft ab. Mit einer Stärkung der frühkindlichen Bildung, mehr Ganztags- und Gemeinschaftsschulen sowie sozialindexbasierten Zusatzressourcen wollen wir mehr Chancengerechtigkeit schaffen. Wir fördern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Förderbedarfen in allen Bereichen der Gesellschaft. Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen sowie außerschulische Lernorte wollen wir kontinuierlich inklusiv weiterentwickeln, entsprechende Maßnahmenpläne zur Umsetzung aktualisieren und die personellen Ressourcen, Räume und Inhalte der Bildung auf tatsächlich gelebte Inklusion ausrichten.

Wir wollen allen Jugendlichen ein Recht auf Bildung garantieren. Sie sollen einen Schulabschluss erwerben und eine Ausbildung abschließen können. Mit Volkshochschulen als anerkannten Schulen des zweiten Bildungsweges und landesfinanzierten Produktionsschulen unterstützen wir dies und stärken so die nachholende Bildung.

Da Kinder von Alleinerziehenden besonders armutsgefährdet sind, wollen wir Alleinerziehende in Sachsen stärken. Alle politischen Akteur:innen sollen gezielt und ressortübergreifend gemeinsam an der Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitssituation arbeiten. Wir werden Alleinerziehende bei Kinderbetreuung, Schulabschluss, Ausbildung, Studium sowie Berufsrückkehr und -ausübung besser unterstützen. Auch zu diesem Zweck wollen wir das Landeserziehungsgeld zu einem Alleinerziehendengeld weiterentwickeln. Alle Maßnahmen werden wir in einem „Pakt für Alleinerziehende“ bündeln, der dialogorientiert entsteht.

Unser Ziel ist, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben. Daher unterstützen wir die Einführung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene und wollen diese weiterentwickeln. Zudem braucht es die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer kinder- und familienfreundlichen Steuerpolitik. Die Überwindung von Kinderarmut gelingt nur durch eine gerechte Umverteilung.

2. In Sachsen besteht aufgrund der sinkenden Kinderzahlen die Chance, die im Bundesvergleich schlechten Personalschlüssel endlich zu verbessern. Mit welchen finanziellen Mitteln und in welchem Zeithorizont wollen sie das angehen? Wie sehen Sie die frühkindliche Bildung derzeit in Sachsen aufgestellt?

Dass die SPD Sachsen der frühkindlichen Bildung und den aktuellen Herausforderungen in den Kindertageseinrichtungen einen sehr hohen Stellenwert beimisst, dokumentiert die Vorlage des Aktionsplans „Bessere Kita“¹. Petra Köpping als Spitzenkandidatin der SPD Sachsen hat diesen zusammen mit unseren Kita-Expert:innen vorgelegt, um einerseits Lösungsvorschläge in der aktuellen Situation zurückgehender Kinderzahlen zu unterbreiten und andererseits einen langfristigen Plan für mehr Bildung für die Kinder sowie weniger Gebühren für die Eltern vorzulegen und weitere Details, die nicht immer im Wahlprogramm benannt werden können, zu verschriftlichen.

Kurzfristig streben wir an, die demografische Rendite zu sichern, d. h. bestehende Ressourcen im System der frühkindlichen Bildung zu halten, um für Stabilität zu sorgen und eine Steigerung der Betreuungsqualität zu erreichen.

Als SPD Sachsen sind wir davon überzeugt, dass mit einer hohen Betreuungsquote, gut qualifizierten pädagogischen Fachkräften und einer verbesserten Fachkraft-Kind-Relation der Grundstein für

¹ <https://2024.spdsachsen.de/kita-moratorium/>

gelingende Bildungsprozesse gelegt wird. Mehr Zeit der Pädagog:innen für Kinder in den Kinderkrippen und der Kindertagespflege sowie den Kindergärten und Horten ist unser Ziel. Dafür setzen wir den schrittweisen Aufbau einer Personalreserve fort; entsprechend ist das Kita-Gesetz zu novellieren, wobei dabei die demografische Rendite im System der frühkindlichen Bildung gehalten werden sollen.

Bei einer umfassenderen Novelle des Kita-Gesetzes streben wir die Trennung des bisherigen Personalschlüssels in einen Finanzierungsschlüssel und in einen pädagogischen Mindeststandard an. So können unter anderem gezielt zusätzliche Ressourcen für besondere soziale Bedarfe oder den Übergang vom Kindergarten zur Schule bzw. die Schulvorbereitung bereitgestellt werden.

Durch die verschiedenen Maßnahmen möchten wir die Fachkraft-Kind-Relation in den Kita-Einrichtungen weiter verbessern. Den Weg hin zu unseren Zielmarken 1:3 für die Krippe und Kindertagespflege, 1:7,5 für den Kindergarten und 1:12 für den Hort setzen wir Schritt für Schritt fort. Unser erklärtes Ziel ist, diese Fachkraft-Kind-Relationen spätestens im Jahr 2034 zu erreichen. Im vorgelegten Aktionsplan „Bessere Kita“ sind für die kommende Legislatur neben dem Kita-Moratorium drei Verbesserungsschritte vorgesehen. Kurzfristig muss das Kita-Moratorium abgesichert werden, gern bereits im September 2024, spätestens jedoch mit Beschluss des Doppelhaushalt 2025/26. Mittelfristig gilt es, den Stufenplan gesetzlich abzusichern sowie weitere Anpassungen bspw. in Umsetzung eines inklusiven SGB VIII, der Stärkung der Vorschule oder des rhythmisierten Ganztags vorzunehmen. Demnach sollte eine umfassendere Gesetzesnovelle im Jahr 2025 beraten und 2026 verabschiedet werden.

3. Wie stehen Sie zum Strategiepapier »Bildungsland Sachsen 2030«? Worauf muss bei der Umsetzung geachtet werden? Und wie soll der Prozess weitergeführt werden, sprich die Zeit nach 2030 vorbereitet werden?

Mit beharrlichem Einsatz für neue Lehrpläne, mehr praktisches Lernen und eine moderne Schulkultur haben wir den Prozess „Bildungsland Sachsen 2030“ angestoßen. Denn wenn sich die Welt verändert, muss sich auch ändern, wie und was in der Schule gelernt wird. Mehr Selbstständigkeit, fächerverbindendes Lernen und jahrgangsübergreifender Unterricht machen junge Menschen fit für die Zukunft. Ausgehend von den Vorschlägen zum „Bildungsland Sachsen 2030“ ist eine Weiterentwicklung geboten. Der Landesgesetzgeber hat dabei den rechtlichen Rahmen im Schulgesetz und mit einem Lehrkräftebildungsgesetz abzustecken sowie Grundzüge des sächsischen Bildungswesens festzulegen. Zudem braucht es eine Überarbeitung der Stundentafel und Lehrpläne. Insbesondere bei der Überarbeitung der Lehrpläne ist die Perspektive aus Schulpraxis und Bildungsforschung von besonderer Bedeutung, weshalb dieser Prozess weiterhin Lehrplankommissionen vorbehalten bleiben soll. Die Gründung eines Landesinstituts für Schulentwicklung soll einen Beitrag zur Schulentwicklung leisten, es soll die Schulen begleiten und zum wechselseitigen Transfer neuester Erkenntnisse in Bildungsforschung, Schulpraxis und Lehrer:innenbildung beitragen – auch über das Jahr 2030 hinaus.

Unser Ziel ist, dass mit einer Reform der Stundentafel und Überarbeitung der Lehrpläne die Lehrkräfte mehr Freiheiten erhalten, ihren Unterricht zu gestalten und den Schulstoff mit lebenspraktischen Fragen zu verbinden. Gelernt wird für das Leben, nicht für Klausuren oder die Schule. Es braucht eine breite Bildung: mehr Fächerverbindung, mehr Projekte, mehr praktisches Lernen. Und gelernt wird nicht nur in der Schule, auch außerschulische Akteur:innen sichern Praxis und Lebensweltbezug.

Unser Ziel ist eine eigenverantwortliche Schule. Dabei basiert Eigenverantwortung auch auf einer demokratischen Schulkultur. Schüler:innen und ihre Eltern sind Ideengeber:innen und Gestaltende, die wir in ihrer Teilhabe und Mitwirkung stärken wollen. Zur Schule der Zukunft gehört auch das Lernen im multiprofessionellen Team. Um die zu fördern, weiten wir das Unterstützungs- und Assistenzsystem aus und schaffen die Möglichkeiten zum Team-Teaching.

4. Derzeit ist die Schulsozialarbeit gesetzlich ausschließlich an Oberschulen vorgeschrieben. Bedarf gibt es aber an allen Schularten. Können Sie sich eine Verpflichtung für alle Schularten vorstellen? In welchem Zeithorizont und mit welchen Landesmitteln wäre das umsetzbar?

Die SPD arbeitet seit langem daran, dass in unseren Bildungseinrichtungen multiprofessionelle Teams tätig sind. Mit der Schulsozialarbeit und der Schulassistenz haben wir zwei wichtige Säulen geschaffen, darüber hinaus gibt es Praxisberatung und Inklusionsassistenz. Wir wollen die Multiprofessionalität weiter stärken. Wir wollen mehr Personal sowie mehr Unterstützung und Entlastung. Unser Ziel ist es, die Bildungsqualität weiter zu verbessern. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Schulassistenz und die Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen.

Schon heute kennt das Sächsische Schulgesetz die folgende Regelung: „Für alle Schularten und Schulstufen sollen in angemessenem Umfang Ressourcen der Schulsozialarbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – ... zur Verfügung stehen. Der Freistaat Sachsen und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe arbeiten gemeinsam an der Finanzierung und Umsetzung dieser Aufgabe und wirken hierbei mit den Schulträgern zusammen.“ Demnach ist der gesetzliche Rahmen für alle Schularten bereits abgesteckt. Der Fokus für Oberschulen und Gemeinschaftsschulen ergibt sich aus den besonderen Herausforderungen und Bedarfen. Als SPD Sachsen wollen wir den Ausbau der Schulsozialarbeit weiter vorantreiben. Um in den kommenden fünf Jahren das Landesprogramm „Schulsozialarbeit“ flächendeckend und an allen Schularten auszubauen, sind über 80 Millionen Euro pro Jahr erforderlich. Wir streben daher einen schrittweisen Ausbau an und werden Schulsozialarbeit vordringlich an Schulen einrichten, die besondere Bedarfe auf Basis des Sozialindex nachweisen.

5. Sächsische Schulpsycholog:innen müssen wesentlich mehr Schüler:innen und Lehrer:innen betreuen als im Bundesdurchschnitt. Zudem ist nach der Pandemie der Bedarf gestiegen. Wie wollen Sie die Versorgungszahlen in der Schulpsychologie verbessern?

Mit Beschluss des Doppelhaushaltes 2023/24 wurde auf Initiative der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag die Zahl der Schulpsycholog:innen weiter erhöht. Inzwischen können 108 Schulpsycholog:innen eingestellt werden, Anfang 2021 waren es noch 52. Unser Ziel ist es, dass Unterstützungs- und Assistenzsystem für Schulen weiter auszubauen. Wir setzen uns daher auch für eine weitere Erhöhung der Zahl der Schulpsycholog:innen in Sachsen ein und wollen hierfür die notwendigen Stellen schaffen. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Sachsen das Angebot für eine ambulante Psychotherapie durch die Schaffung von mehr Therapieplätzen und damit die Erhöhung der für psychologische Psychotherapeuten verfügbaren Kassensitze verbessern.

6. Wie schätzen Sie die Gesundheitsversorgung, speziell die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung, für KuJ in Sachsen ein? Was muss aus Ihrer Sicht verbessert werden?

Wir befinden uns in vielerlei Hinsicht derzeit in einer Umbruchphase. Die Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine, aber auch Transformationsprozesse wie die Digitalisierung gehen auch an Kindern und Jugendlichen nicht spurlos vorbei. Der Bedarf insbesondere von Kindern und Jugendlichen nach psychologischer Beratung hat daher zugenommen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die entsprechenden Bedarfsberechnungen angepasst werden, damit eine ausreichende psychologische Versorgung in ganz Sachsen gewährleistet ist.

7. Wir haben in der Coronapandemie frühzeitig in offenen Briefen auf die nun sichtbaren Folgen der Maßnahmen für KuJ hingewiesen. Damit solche Fehlentscheidungen, z. B. die umfangreichen Schulschließungen, nie wieder passieren, braucht es ehrliche Aufarbeitung. Wie können Sie sich dies vorstellen?

Im Vergleich zu anderen Bundesländern gehören die coronabedingten Schulschließungszeiten in Sachsen noch zu den geringsten. Zum Beginn der Corona-Pandemie bestand für alle – und nicht nur für Entscheidungsträger:innen – eine recht große Unsicherheit. Der sächsische Weg, die Schulschließungszeiten möglichst gering zu halten, hat damals durchaus auch Kritik erfahren. Aus unserer Sicht ist es wichtig, eine Aufarbeitung zum Zweck der Vorbereitung zu unternehmen. Wir wollen die Krisenfestigkeit Sachsens weiter stärken. Das schafft man nicht mit rückwärtsgewandten Debatten, sondern durch Analysen, Aufarbeitung und einen guten Plan für die Zukunft, den man gemeinsam mit Expert:innen unterschiedlicher Fachrichtungen erarbeitet. Wir haben in Sachsen gute Erfahrungen mit Enquete-Kommissionen gemacht. Eine solche könnte sich im Landtag in der nächsten Legislatur damit befassen, wie Sachsen in Zukunft besser mit Krisen umgeht. Dabei würde die

Situation von Kindern und Jugendlichen in Krisenzeiten aus unserer Sicht eine der zentralen Fragestellungen darstellen.

8. Wir als Initiative Familien fordern einen Kindervorbehalt, das heißt, alle politischen Entscheidungen sind vorher auf ihre Auswirkungen auf Kinder/Jugendliche/Familien zu prüfen. Wie stehen Sie dazu?

Die Frage, welche Auswirkungen eine Entscheidung auf von ihr betroffene Personengruppen hat, dürfte sich jede Landtagsfraktion vor einer Abstimmung stellen. Die Antworten und Abwägungen indes fallen oft unterschiedlich aus. Für die SPD stehen die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Zentrum ihrer Bildungs- und Zukunftspolitik. Deshalb sind für uns im Zweifel Investitionen in Kitas und Schulen wichtiger als die schnelle Tilgung der Corona-Kredite.

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Schutz, Förderung und Beteiligung. Jedes Kind in Sachsen soll seine Rechte auch verwirklichen können. Dafür müssen wir alle die Kinderrechte nicht nur kennen, sondern auch danach handeln. Mit Blick darauf überprüfen wir Rechtsvorschriften, Strategien, Ausbildungsordnungen sowie Bildungs- und Lehrpläne. Schutz- und Beteiligungskonzepte sollen für alle Einrichtungen, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten, Standard sein. Wir entwickeln das Sächsische Kinder- und Jugendhilfegesetz weiter zu einem Kinder- und Jugendgesetz, das den Schwerpunkt auf Kinderrechte legt. Dadurch stärken wir die Rechte der Kinder in den Bereichen Schutz, Teilhabe und Förderung, stets unter der Prämisse, dass das Wohl des Kindes an erster Stelle steht.

Wir wollen, dass junge Menschen ihr zukünftiges Leben hier in Sachsen sehen. Den Grundstein dafür legen wir jetzt: durch ein kinder- und jugendfreundliches Land! Politik und Verwaltungshandeln wollen wir daher am Interesse der Kinder und Jugendlichen und ihrer Rechte ausrichten. Es ist uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche mehr Vertrauen und Gestaltungsspielräume erhalten, um sich selbst zu entfalten und zu entwickeln. Selbständigkeit und Verantwortung muss man ausüben, um sie einüben zu können. Deshalb legen wir in unserer Jugendpolitik den Schwerpunkt auf Rechte und Freiräume.